

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Marcus Gremel, MBA (SPÖ), Mag. Nicole Berger-Krotsch (SPÖ), Mag. Stefanie Vasold (SPÖ), Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS) und Mag. (FH) Jörg Konrad (NEOS) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Betreffend: Maßnahmen zum Fachkräftemangel in der Sozialpädagogik und der Sozialen Arbeit der Kinder und Jugendhilfe

In etlichen hoch belasteten Bereichen in der Sozialen Arbeit wie zum Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe droht der Kollaps: Die Beschäftigten klagen über die massive Mehrbelastung angesichts der eklatanten Personalnot. Es gibt kaum Bewerbungen für offene Stellen und der Fachkräftemangel ist auf allen Ebenen spürbar. Aktuelle Studien zeigen, dass unter den zehn Berufen mit den größten Personallücken die Sozial- und Gesundheitsberufe liegen. Allen voran die Berufsgruppe der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Vor dieser großen Problematik steht auch die Wiener Kinder- und Jugendhilfe. Derzeit sind 676 Sozialpädagog:innen und 442 Sozialarbeiter:innen beschäftigt. Aufgrund der demografischen Entwicklung geht man davon aus, dass in den nächsten 6-10 Jahren 40% der Sozialarbeiter:innen und 30 % der Sozialpädagog:innen in Pension gehen werden. Im Auftrag der Wiener Kinder und Jugendhilfe arbeiten zusätzlich 1.500 Fachkräfte im Bereich der sozialpädagogischen Einrichtungen und der ambulanten Hilfen. Auch diese Bereiche müssen in den nächsten Jahren dringend weiter stark ausgebaut werden, um die Angebote mit genügend Personal qualitativ gut aufrechtzuerhalten.

Die aktuelle Ausbildungslandschaft für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik in Wien zeigt, dass die Ausbildung für Soziale Arbeit in Form von Bachelor-Studiengängen in Wien nur der FH-Campus Wien (derzeit bewilligte Studienplätze: 156) anbietet. Für die Sozialpädagogik bestehen drei Privatschulen, welche ausschließlich berufsbegleitend Kollegs für Sozialpädagogik anbieten (Studienplätze: 180-244 nach Bewerber:innenlage). Diese Studienplätze der Kollegs für Sozialpädagogik sind allerdings mit Studiengebühren verbunden. Die Anstrengungen Wiens in dem Bereich sind ebenfalls groß. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die Vergabe von

Stipendien im Bereich der Sozialpädagogik, die Anstellung von Sozialpädagog:innen in Ausbildung, die Förderung eines Masterstudiums für Soziale Arbeit an der FH Campus in Wien sowie die Durchführung eines Qualifizierungsprojektes für Berufsumsteiger:innen in Kooperation mit WAFF und AMS, sind nur einige der vielfältigen Wiener Maßnahmen, um dem Problem des Fachkräftemangels entgegenzuwirken.

Dennoch wird es dringend notwendig sein, dass der Bund seiner Verantwortung endlich nachkommt und die Studienplätze im Bereich der Sozialpädagogik und der Sozialen Arbeit deutlich erhöht. Es wird zudem dringend gefordert, dass der Bund auch in Wien ein Bildungsinstitut für Sozialpädagogik (BISOP) errichtet, da die Bundeshauptstadt als einziges Bundesland kein derartiges Bildungsinstitut vorzuweisen hat.

Bereits mehrfach wurde der zuständige Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung dazu aufgefordert, für einen adäquaten Ausbau der Ausbildungsplätze in diesem Berufsfeld zu sorgen. (Zuletzt am 9. Oktober durch die Kinder- und Jugendhilfereferent:innenkonferenz). Die so dringend benötigten Studienplätze für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik wurden vom Bund allerdings in den letzten Jahren nicht bzw. unzureichend ausgebaut, sodass bisher immer stärker private Ausbildungsinstitutionen einspringen mussten.

Es ist aufgrund der akuten Personalsituation dringend erforderlich, sofort weitere Maßnahmen zu setzen, um mittelfristig mehr Fachkräfte für diese gesellschaftspolitisch wichtige und anspruchsvolle Tätigkeit zu gewinnen, gut auszubilden und die Fluktuation, die auch für Kinder und Jugendliche problematisch ist, zu verhindern.

Die gefertigten Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions) Antrag

Der Gemeinderat fordert daher den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Martin Polaschek auf,

- aufgrund der eklatanten Personalnot die Studienplätze für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik zu erhöhen und zu finanzieren, um die psycho-soziale Versorgung in schon jetzt sehr belasteten Systemen wie der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern
- Voraussetzungen zu schaffen, damit Ausbildungen für Studierende auch leistbar sind
- Für eine ehestmögliche Errichtung eines Bildungsinstitutes für Sozialpädagogik (BISOP) auch in der Bundeshauptstadt Wien zu sorgen
- mit Fachhochschulen in Gespräche zu treten mit dem Ziel, ein Masterstudium Schulsozialarbeit zu etablieren

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 24.11.2023

